

Merseburger Kreisblatt.



Abonnementpreis: Vierteljährlich bei den Ausländern 1,20 M., in den Postgebieten 1 M., beim Postweg 1,40 M., mit Postgebühr 1,50 M. Die einzelne Nummer wird mit 15 Pf. berechnet. — Die Expedition ist an Wochentagen von früh 7 bis abends 7, an Sonntagen von 8^{1/2} bis 9 Uhr geöffnet. — Sprechstunden der Redaktion abends von 6^{1/2} bis 7 Uhr. — Telephon 274.

Inseratensätze: Für die 5spaltige Korpuszeile oder deren Raum 20 Pf., für Prosa: in Merseburg und Umgegend 10 Pf. Für periodische und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung. Komplizierter Satz wird entsprechend höher berechnet. Notizen und Meldungen außerhalb des Inlandkreises 40 Pf. — Samtliche Annoncen-Bureaus nehmen Inserate entgegen. — Telephon 274.

Tageblatt für Stadt und Land.

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikationsorgan vieler anderer Behörden.)

Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokalnachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 139.

Freitag, den 17. Juni 1910.

150. Jahrgang.

Abgeordnetenhaus.

• Berlin, 15. Juni.

Das Abgeordnetenhaus erledigte zunächst zahlreiche Petitionen nach den Anträgen seiner Kommissionen. Eine Witzschrift wegen baldiger gesetzlicher Regelung der Verhältnisse der Mittelschullehrer wurde auf Antrag der Nationalliberalen der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen, gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen. Von den dann folgenden Initiativentwürfen wurde der Antrag Hammer (konf.), nach welchem grundsätzlich Steuerordnungen zugelassen werden sollen, nach denen bei Steuerbefreiung des einen Teils die Umsätze voll von dem anderen Teile getragen werden soll, ungeschickt einiger von dem Regierungskommissar erhobenen Bedenken mit großer Mehrheit angenommen.

Einstimmig fand der Antrag Engelsmann betreffend Staatshilfe für das Hergeleit Annahme, nachdem der Minister des Innern an eine auf amtlichen Quellen beruhenden Darstellung der Hochwasserkatastrophe die Zustimmung geknüpft hatte, daß die Staatsregierung helfen werde, wo immer es nötig sei. Ergräbe die Untersuchung, mit deren unverzüglicher Vornahme der Oberpräsident beauftragt ist, das Bedürfnis sofortiger Hilfe, so werde solche mit größter Beschleunigung erfolgen.

Der Antrag Meyer-Dortmund (Str.) auf Aufhebung der Beschränkung der Arbeitslöhne der Eisenbahnarbeiter wurde von dem Regierungskommissar mit überzeugenden Gründen bekämpft, aber gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen, also mit reiner Majorität, angenommen.

Die Vorschläge auf Zulassung der litauischen, malayischen, wendischen, wallonischen, französischen, mährischen und polnischen Sprachen sowie aller fremden Sprachen in öffentlichen Versammlungen wurden zusammen diskutiert.

Die nationalliberalen und Zentrumsantragsteller begründeten die betreffenden Vorschläge.

Abg. Dr. Diehlmeier hielt die übliche Brandrede gegen Regierung und Volk.

Ein Reaktionskommissar erklärte den Tatbestand der Beschwerden des Vorredners für unbewiesen und ferner, daß durch Ausführungsanweisung den Wünschen der Witauer, Masuren, Wenden, Wallonen bezugs Rechnung getragen sei. Bei der Flexibilität der Verhältnisse sei aber der Weg der Verwaltung dem des Gesetzes vorzuziehen. Das mährische Wort kann aber wegen seiner nahen Verwandtschaft mit dem polnischen nicht berücksichtigt werden. Die sozialdemokratischen und polnischen Anträge bedeuten in Wirklichkeit Aufhebung des § 12 des Reichsverfassungsgesetzes. Von dem Erfordernis der Genehmigung öffentlicher Versammlungen und Anzüge in der Zeit der Straßendemonstrationen kann nicht abgesehen werden.

Dann vertagte sich das Haus. — Nächste Sitzung unbestimmt.

Ueber die Reisekosten der Staatsbeamten.

Obwohl der Gesetzentwurf über die Reisekosten der Staatsbeamten vom preussischen Abgeordnetenhaus bereits zur Annahme gelangt ist, glauben wir doch nachträglich noch die Rede des konservativen Abgeordneten

v. d. Osten zum Ausdruck bringen zu sollen.

Abg. v. d. Osten: Meine Herren, der Herr Berichterstatter hat bereits ausgeführt, daß ein gleichlautender Antrag von Seiten seiner Parteifreunde bereits in der Kommission vorlag und auch von einem Teil meiner Parteifreunde unterstützt worden ist. Auch heute spreche ich für diesen Antrag nur im Namen eines allerdings nicht unerheblichen Teiles meiner Partei. Ich möchte ausdrücklich bemerken, daß dieser Teil durch die Unterchristen nicht eifersüchtig ist. Ich bin nun in der eigentümlichen Lage, diesen Antrag erst zu einem Zeitpunkt begründen zu können, wo bereits von der großen Mehrheit der Parteien dieses Hauses über ihn abgeurteilt worden ist, und zwar, wie ich zu meinem Bedauern konstatieren muß, durchaus nicht in freundschaftlichem Sinne. Das kann mich aber nicht hindern, da ich von dem Gewicht der Gründe der Herren Vorredner keineswegs überzeugt bin, da ich vielmehr in der grundsätzlichen Beurteilung dieses Gesetzes ganz erheblich von ihnen abweiche, nun noch nachträglich den Antrag eingehend zu begründen.

Zunächst möchte ich auf ein kurzes formelles Bedenken aufmerksam machen. Ich meine, die ganze Fassung des § 3 mit seinem eigentümlich konstruierten Wahlsatz und den daraus mit Notwendigkeit sich ergebenden Komplikationen in der Feststellung der Liquidation, der Berechnung usw. widerspricht dem natürlichen Grundsatze, daß je komplizierter die Rechen werden, um so einfacher naturgemäß die Methoden der Verwaltung werden müssen, sollen sie den Ansprüchen der Zeit gerecht werden. Hier ist das Umgekehrte der Fall. Bisher wurde nach einfachen Grundsätzen liquidiert, und jetzt wird hier eine Komplikation eingeführt. Aber dieses formelle Bedenken ist, wie ich eben ausgeführt habe, unwesentlich.

Wesentlich für diejenigen meiner Freunde, die ich hier vertritt, ist der materielle Inhalt des § 3, der uns, wie ich ausdrücklich konstatieren möchte, weit über die Wünsche hinausgehen scheint, die das Abgeordnetenhaus seinerzeit bei der wiederholten Anregung einer gesetzlichen Regelung der Materie verfolgt hat. Meinem Erachtens waren diese lediglich aus dem Wunsch hervorgegangen, ungewissheit vorhandene Mißbräuche, die sich allmählich eingestellt hatten, zu beseitigen, vor allen Dingen auch die zahlreichen, unsern Gehältern nach nicht immer notwendigen Dienstreisen auf das tatsächlich notwendige Maß zu beschränken. Aber, meine Herren, es war meines Erachtens nicht der Zweck dieser Anregung, finanzielle Ersparnisse herbeizuführen, und in dem Punkte würde ich allerdings erheblich von den Herren Vorrednern, namentlich von den Herren Abgeordneten Peltzsohn und Fehrn v. Camp, ab, die dies in den Mittelpunkt ihrer Erwägungen gestellt haben. Ich meine nicht, daß der Zeitpunkt gekommen ist, jetzt auf Kosten der Beamtenhaft finanzielle Ersparnisse herbeizuführen, die nicht durch die Natur der Sache bedingt sind, und hier handelt es sich allerdings, wie ich glaube, um die Beschneidung eines von der Beamtenhaft als legitim empfundenen Einkommens.

Der Herr Finanzminister hat gegen diese Ausführungen bereits in der Kommission mit aller Entschiedenheit Stellung genommen. Ich darf mir gestatten, aus dem Kommissionsbericht Seite 68 ganz kurz hervorzuholen, daß er äußerte: „Das Abgeordnetenhaus habe aus-

drücklich ausgeprochen, es solle das Auslageprinzip zur Geltung gebracht werden. Das geschieht in der Vorlage: sie gewähre den Beamten eine reichliche Deckung der Selbstkosten, auch des Verschleißes an Kleidung, und unter Umständen noch ein kleines Plus, das man ihnen lassen wolle. Es handle sich also nicht um ein Einkommen, und demzufolge könne auch nicht von der Beseitigung eines legitimen Einkommens die Rede sein.“

Meine Herren, diese Ausführungen haben mich nicht überzeugt. Zunächst, meine ich, geht gerade aus ihnen hervor, daß das reine Auslageprinzip nie und nimmer durchführbar ist. Es widerspricht dem Wesen der Dienststellen, alle diese Nebenkosten nach dem Prinzip der effektiven Ausgaben lassen zu können. Mehr oder weniger — darauf weist der Gang der neueren Gesetzgebung hin — wird und muß die Pauschallierung der Kosten in Frage kommen, und, meine Herren, diese Pauschallierung widerspricht dem Wesen des Auslageprinzips. Meine Herren, weiter wird ein derartiges Einkommen mit Recht als ein legitimes empfunden werden können, und es wird tatächlich als ein solches empfunden. Diese Kilometergelber in der bisher gewährten Höhe — und der Antrag begreift lediglich die Wiederherstellung dieses alten Satzes — betreffen seit nahezu 40 Jahren Ihre Gewährung für die notwendigen Dienstreisen — ich unterstreiche: notwendig — und auch ungewissheit von dem größten Teile der Beamtenhaft als die Gewährung eines legitimen Einkommens empfunden; ihre Herabminderung würde ebenso ungewissheit umgekehrt als eine Einbuße, als eine Minderung wohl erworbener Rechte angesehen werden, und meine Herren, in diesem subjektiven Momente liegt doch ein sehr schwerwiegendes Bedenken. Ich meine: das, was von großen Teilen und nicht den schlechtesten, als Recht empfunden wird, sollte man nicht durch einen Federstrich des Gesetzgebers in Unrecht umwandeln.

Meine Herren, ich komme auf das, was Herr Abgeordneter Fehrn v. Camp besonders hervorgehoben hat: die Wirkung auf das Recht. Gerade in dieser Beziehung habe ich die schwersten Bedenken. Ich meine nicht, daß es dem Interesse Preußens und des Reiches entsprechen kann, wenn die Beamtenkategorien Preußens und des Reiches, namentlich unsere Offiziere, in ihren subjektiv wohlverordneten Bezügen erheblich geschmälert werden. Ich kann mich des Gefühls nicht erwehren, daß, wenn die Vorlage in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse Gesetz werden sollte, das nichts anderes ist, als daß der Staat aus der einen Tasche herausnimmt, was er vielleicht im vorigen Jahre in die andere hineingegeben hat. (Abgeordneter Wilmann: Sehr richtig!)

Meine Herren, nun wende ich mich zu den Anwendungen, die gegen unsern Antrag erhoben worden sind. Zunächst ist immer wieder betont worden, daß in diesen hohen Kilometergelbern der hauptsächlichste Anreiz zu den Dienstreisen zu finden sei, und daß, wenn man die unnötigen Dienstreisen beschränken wolle, man naturgemäß den Anreiz in Wegfall bringen müsse. Meine Herren, ich glaube, daß hier doch die finanzielle Wirklichkeit der Kilometergelber außerordentlich überschätzt wird. Die Dienstreisen, in denen Kilometergelber eine wesentliche Rolle spielen, sind nur die langen Dienstreisen. (Abg. Dr. Wagner (Breslau) und Abg. Wilmann: Sehr richtig!)

Meine Herren, sehen Sie in die Prozedur hinein! Die langen Dienstreisen bilden weit aus die Mehrzahl der Dienstreisen, die die Beamten machen müssen. Ich befreite also ganz entschieden, daß hier ein wesentlicher finanzieller Effekt zu finden ist. Meine Herren, von allen Bedenken ist unbedingt anerkannt worden, daß die überwiegend große Zahl der Beamten nicht zu den sogenannten Vorkämpfern — um das häßliche Wort zu gebrauchen, das bereits gebraucht worden ist — gehörte, daß sie sich keinerlei Mißbräuche zu Schulden kommen lassen und ihre Pflicht im allpreussischen Sinne tun. Ich meine: es ist eine Ungerechtigkeit, diese große Mehrzahl der preussischen Beamten auf Kosten einer kleinen Minderzahl leiden zu lassen.

Der Herr Finanzminister hat — wenn ich noch einmal auf die finanzielle Wirkung eingehen darf — auf Seite 26 des Berichtes erklärt, daß durch den Antrag Nr. 6 — er ist gleichlautend mit dem heutigen Antrage, — der den Beamten das Recht einräumt, nach wie vor 100 Proz. mehr zu liquidieren, als ihnen die Meile gekostet habe, der Vorlage der finanzielle Boden entgegen werde.

Nun, meine Herren, auch hier kann ich mich mit der Auffassung des Herrn Ministers nicht einverstanden erklären. Zunächst möchte ich prinzipieller konstatieren, daß es das Recht der Beamten bis zur höchsten Klasse bisher war, erste Klasse zu fahren, wie es auch weiter das Recht der Eisenbahnbeamten ist, was ich nebenbei einschalten will, und daß, wenn sie von diesem Recht Gebrauch machen, nicht ein Pfennig Ersparnis eintritt. Umgekehrt, meine Herren, war es stets das Recht der Beamten, in einer niedrigeren Wagenklasse zu fahren, ganz nach ihrem Erlieben, und dann die erparte Differenz für sich zu behalten. Nun, meine Herren, wenn man dieses Recht den Beamten beschneiden will, um einen finanziellen Gewinn für den Staat zu erzielen, so meine ich doch, daß das dem Wesen, dem Sinne des Gesetzes nicht entsprechen kann.

Meine Herren, ich sehe auch ferner in diesem finanziellen Effekt keineswegs die wichtigste Bedeutung des Gesetzes. Ich mache darauf aufmerksam, daß dieses Gesetz eine Reihe außerordentlich wichtiger und günstiger Bestimmungen enthält, die sehr wohl geeignet sind für die Zukunft den wiederholt ausgeprochenen Wünschen des Abgeordnetenhauses auf Abstellung von Mißbräuchen und Einführung gerechtfertigter Ersparnis Rechnung zu tragen. Ich wende nur kurz hin auf die Möglichkeit, eine Ausdehnung der Pauschallierungen einzutreten zu lassen, auf die bessere Berechnung unentgeltlich oder gemeinschaftlich besetzter Frachtwagen, auf die Bestimmungen der kurzen Dienstreisen, die bereits berührt worden sind und auf andere Dinge mehr.

Meine Herren, ich meine, daß die wahren Mißbräuche, die man mit diesem Gesetz treffen will, weniger in Berechnungsart der einzelnen Dienstreisen liegt, sondern weit mehr in einer Stelle nicht immer richtig durchgeführten Kontrolle über die Organisation über den Umfang und die Notwendigkeit von Dienstreisen. (Sehr richtig! recht!)

Meine Herren, diese Mißbräuche sind ihrer Natur nach niemals im Wege des Gesetzes zu beseitigen. Das ist allerdings der grundsätzliche Unterschied, der mich von der großen Mehrheit der Herren Vorredner trennt. Ich meine, daß der gangen Natur nach im Wege der Verwaltung, der Verwaltungsmäßigkeit,

vorgegangen werden muß und möchte auch hier dem Wunsch Ausdruck geben, daß, wenn der Entwurf Gesetzeskraft erlangen sollte, die notwendige Ergänzung durch Verwaltungsmaßnahmen eintritt.

Seine Herren, es ist behauptet worden, daß derartige Verwaltungsmaßnahmen nicht möglich seien. Auch das kann ich nicht zugeben. Ich glaube, daß in dem bereits jetzt für verschiedene Beamtenkategorien bestehenden Prinzip der Kontingentierung — ich weiß da namentlich auf die Kontingentierung bei den Regierungen für die Bau- und Forstkräfte hin — sehr wohl ein Weg gefunden werden kann, um hier vorhandenen Mischständen mit aller Energie entgegenzutreten.

Ich will zum Schluß kurz diejenigen Gesichtspunkte wiederholen, die meine politischen Freunde, die hinter mir stehen, zu diesem Antrage veranlaßt haben. Ich meine, das Abgeordnetenhaus soll Minderheiten befestigen, aber kein legitimes Einkommen beschneiden, um an diesem eine Ersparnis herbeizuführen. Ich meine ferner, daß, um eine geringe Minderheit, eine ganz verschwindende Minderheit von Beamten, die unnütze Dienststellen machen, zu bestrafen, man ummöglich einen Weg beschreiten kann, der die große Mehrheit in ihren weitsichtigen Interessen erwerbenden Ansprüchen kränkt. (Abg. Wigmann: Sehr richtig.)

Diese Ausschreitung Einzelner kann niemals der Gesamtheit zur Last gelegt werden, und ich kann mich des Glückes nicht erwehren, daß, wenn dieser § 3 Gesetz wird, die Gesamtheit der pflichterfüllenden Beamten für die Minderheit der pflichtvergessenen leben muß. (Abg. Wigmann: Sehr richtig.)

Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie dringend, im Interesse der Gerechtigkeit des für unser preussisches Beamtenamt, das bei sehr geringer Vergütung immer seine Pflicht getan hat und das heute noch, Gott sei Dank, den Grundbesitz aufrecht hält, das zum größten Teil seine Vergütung nicht im Gelde, sondern in der Ehre liegt, (sehr richtig) rechts, daß Sie diesen Teil durch Annahme einer Bestimmung schädigen, die sie in ihren wohl-erworbenen Rechten kränken würde. (Abgeordneter von Brandenstein: Wohl-erworbene Rechte? ist gut!)

Zur Enzyklika des Papstes.

Berlin, 15. Juni. Der hiesige Kirchenrechtlicher Gehilfenrat K a h l, der die Protestverammlung im Jüticus-Buch leitete, nimmt in der „Täglichen Rundschau“ zur Antwort „Roms“ Stellung. Der Inhalt der Antwortnote habe ihn enttäuscht. Aber außer diesen nicht-sagenden Ausflüchten der „Süchtheit“ liege noch ein anderer vor, nämlich der päpstliche Befehl der Nichtveröffentlichung an die deutschen Bischöfe. Das ist die entscheidende Tatsache. Die Unterdrückung der amtlichen Publikation der Enzyklika sei ein zweifelhafter und großer Erfolg der preussischen Staatsregierung, ja, ein einseitiges Ereignis, ein voller Mißgriff und eine glatte Niederlage Roms. Daß die preussische Regierung zu weitergehenden Mitteln nicht gegriffen habe, sei zu billigen. Indem sie ihren Anspruch mit einer geschicklich unerhörten Schnelligkeit durchgesetzt und im Bewußtsein ihrer Kraft auf das Rechte in maßvoller Vorsicht hat, habe sie sich um das Vaterland und den konfessionellen Frieden verdient gemacht. Er habe im Jüticus-Buch erklärt, daß man Vertrauen zur Staatsregierung haben könne und müsse. Die Staatsregierung habe dieses Vertrauen gerechtfertigt.

Meinungen, 14. Juni. Der Herzog von Meiningen antwortete auf eine telegraphische Begrüßung des meiningischen Zweigvereins vom Evangelischen Bund mit folgender Depesche: „Vad Gastein, 13. Juni. Herzlichen Dank für die Begrüßung. Es freut mich, daß auch bei uns das Panzer des Protestantismus hochgehalten wird.“

Wiß (Böhmen), 14. Juni. In der deutschböhmisches Stadt Wiß, die das erste und einzige Lutherdenkmal in Oesterreich besitzt und deren Bevölkerung in ihrer Mehrheit protestantischen Glaubens ist, haben gestern Abend Dem o n s t r a t i o n e n gegen die Vorromäus-Enzyklika stattgefunden, Volkskundgebungen, wie sie in solcher Art und aus solchen Motiven in Oesterreich wohl kaum noch jemals vorgekommen sein dürften. Das Presbyterium der evangelischen Kirchengemeinde Wiß hatte gemeinsam mit dem Verein evangelischer Glaubensgenossen eine Protestversammlung in der hiesigen Schützenhauskale einberufen. Den Vorsitz in der Versammlung führte der Kurator der evangelischen Kirchengemeinde Wiß, Bürgermeister F. G. Klnzel. Als Hauptredner des Abends trat Pfarrer Emil F i l d m a n n (Wiß) auf. Nach dessen glühender Rede nahm die

Reisenerammlung einstimmig eine Entschlieung an, in welcher die Ausfälle der Enzyklika in energischer Weise zurückgewiesen werden und auf die Befehle hingewiesen wird, die dem konfessionellen Frieden infolge der päpstlichen Schmähschrift droht. Mit brausendem Jubel und begeisterten Geistes wurden die Zustimmungswortsamme vorgelesen, welche von österreichischen Reichsratsabgeordneten an die Versammlung geschickt worden waren: es lagen solche vor von den Reichsrats- und Landtagsabgeordneten K. v. Wolf, Eduard v. Strauß, Kopp, Dr. Herold, Dr. Ritter v. Mählwert, Dr. Mähl, Pacher, Brent, Kroy, Kraus, Dr. Sommer, Kaiser und Böhl. Auch die Deutschradikale Vereinigung des Abgeordnetenhauses hatte telegraphisch. Letzterer gehörte auch katholische Abgeordnete an, wie auch mehrere der obengenannten Abgeordneten katholisch, andere Los-von-Rom-Männer sind. Nach Schluß der Versammlung setzte sich auf der Straße ein gewaltiger Demonstrationzug in Bewegung; je mehr sich der Zug dem Lutherdenkmal näherte, desto zahlreicher wurde die Menge, die man schließlich auf etwa 5000 bis 6000 Personen schätzte, worunter sich mehrere hundert Katholen befand n. Vor dem Lutherdenkmal nahm die Volksmenge Aufstellung. Der 86jährige Superintendent Traugott Albert hielt vom Sokel des Denkmal ein flammende Rede, die auf die gemalte Versammlung einen tiefen Eindruck machte. Als der große Prediger gendete hatte, entblühten die Demonstrationen die Häupter, und aus abertausend Reihen erhob sich ein lautes „Ein feste Burg ist unser Gott.“ Superintendent Traugott Albert richtete dann an die Demonstrationen die Mahnung, den überaus würdigen Verlauf dieser machtvollen Kundgebung durch nichts zu beeinträchtigen und den Mitbürgern katholischen Bekenntnisses keinen Anlaß zu Klagen zu geben, zumal die meisten derselben der Abwehrbewegung mit vollem Verständnis gegenüberstünden. Die Volksmassen befolgten diese Mahnung und gingen unter Heulrufen auseinander. Die behördlichen Sicherheitsvorkehrungen erwiesen sich als überflüssig.

Zur Reichstagswahl in Friedberg - Büdingen.

Wie bereits in voriger Nummer mitgeteilt findet auf Grund der am 14. ds. Mts. vollzogenen Reichstagswahl zwischen dem bündlerischen Kandidaten, der 6310, und dem Sozialdemokraten, der 9410 Stimmen erhielt, Stichwahl statt. Der nationalliberale Kandidat erhielt 4379 Stimmen. Die Sozialdemokraten haben seit 1907 um 2200 Stimmen zugenommen, während diesmal 2500 bürgerliche Stimmen weniger abgegeben wurden.

Der Bund der Landwirte ist bei dieser Wahl zum ersten Male mit einem eigenen Kandidaten herorgetreten, während er den vorhergehenden Grafen v. Oriola, der selbst sein Mitglied war, stets unterstützt hatte. Graf v. Oriola war schließlich aus der nationalliberalen Fraktion ausgetreten. Diese hatte in dem Straßburger Professor Dr. v. a n C a l t e r einen Gegenkandidaten gegen den vom Bunde präferierten Dr. v. F e l m o l t aufgestellt. Der Wahlkreis Friedberg-Büdingen war seit 1867 nationalliberal bzw. gemäßigt-liberal vertreten gewesen bis auf die Wahlen 1884 und 1890, wo er dem Freisinn zuziel. 1893 gewann der auf dem agrarischen rechten Flügel der Nationalliberalen stehende Graf v. O r i o l a den Sitz erneut für seine Partei und behauptete ihn bis zu seinem Tode. Bei der Hauptwahl im Jahre 1907 erhielt er von 20521 gültigen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 86,1 Prozent 8492 Stimmen, der Kandidat der Freisinnigen Vereinigung, Dr. S t r e d e r 1472, der Sozialdemokrat B u s o l d 7234 und der Reichsparteiler B ä h r 3299. An der engeren Wahl beteiligten sich nur 84,9 Prozent der Wähler; von den 20,039 abgegebenen gültigen Stimmen — 250 waren ungültig — erhielt Graf v. O r i o l a 8524.

Politische Uebersicht. Deutsches Reich.

Berlin, 15. Juni. (Hofnachrichten.) Se. Maj. der Kaiserin hörte heute den Vortrag des Herrn Reichskanzlers.

Lokales.

Merseburg, 16. Juni. Mittelschul-Angelegenheit. Wie bekannt, hat hier vor einiger Zeit eine Versammlung stattgefunden, in der die Errichtung einer Mittelschule in Merseburg

empfohlen wurde, und bei dieser Gelegenheit wurde auch die Frage der Berechtigung gestreift, welche den Schülern möglicher Weise gewährt werden würden. Manche glaubten, der Berechtigungschein für den einjährig-freiwilligen Militärdienst werde ohne weiteres erteilt werden. Es ist nun von Interesse, was in einem längeren Artikel die „offiziellen“ „Merl. Volk. Nachr.“ schreiben. Es heißt da: „Ueber die Frage der Berechtigungen ist noch nicht endgültig entschieden. Jedoch hat die Unterrichtsverwaltung keinen Zweifel gelassen, daß sie für die Mittelschulen die Berechtigung zur Ausstellung des freiwilligen-Zeugnisses nicht erstreckt, ihre Absicht ist vielmehr, dem Schüler der Mittelschule die Möglichkeit zu geben, sich gleich bei seinem Abgang nach neunjährigem Lehrgang der Prüfung für den einjährig-freiwilligen Dienst zu unterziehen. Auf Grund dieser Bestimmungen, die spätestens mit Beginn des Schuljahres 1911 an die Stelle der bisher geltenden Bestimmungen von 15. Oktober 1872 treten sollen, werden sich die Mittelschulen in Zukunft aufzubauen haben, jedoch soll ihre Errichtung, um eine Verklammerung der Volksschule unter allen Umständen zu verhindern, nur da genehmigt werden, wo die Volksschulverhältnisse völlig und auskömmlich geordnet sind.“

Aus dem Wahlkreis Merseburg: Curtius. Wie wir dem „Bl. Volks.“ entnehmen, haben vorigen Sonntag zwei von den Freisinnigen einberufenen Wähler-Versammlungen, in E i s d o r f und in B l i e n , stattgefunden, in denen der freisinnige Reichstagskandidat, Herr K o c h, Vorträge hielt, daneben auch der emeritierte Lehrer Herr S c h m e l z e r aus Merseburg. In Eisdorf waren 50-60, in Blieden 120 Personen anwesend gewesen sein. Auch ein Sozialdemokrat aus Stöbberitz hat mehrfach in die Debatte eingegriffen. Obgleich nicht anwesend ist, daß die Bevölkerung der kleinen Städte und des platten Landes dem Freisinn zufließen wird, möge auf die Agitation, die die Antiliberalen seit einiger Zeit in den ländlichen Bezirken entfalten, hiermit nachdrücklich hingewiesen werden.

Reichskrone. Wie bereits in der gestrigen Nummer bekannt gegeben, findet übermorgen, Sonnabend, im Garten der „Reichskrone“ ein Konzert statt. Wer sich noch der mangelhaft schönen Konzert-Abende früherer Jahre in der „Reichskrone“ unter den Wirten Walthor und Köhner erinnert, wird den Wunsch hegen, daß sich dort im Laufe der Zeit die Sommerkonzerte wieder einbüßern, und wünscht wir für übermorgen vor allem gutes Wetter.

Der Bl. Aus der Wolke ohne Maß, zuckt der Straßl. Recht oft und eindringlich ist uns in den letzten Wochen die Wahrsagung dieses Dichtwortes zu Gemüte geführt worden. Ohne Wahl — den Landmann auf dem Felde, den Soldaten in der Marschkolonne, den Spaziergänger im Freien, den Kranken im Bett — auf sie alle zucht der Straßl herab, der mit Sekundenschnelle ihre Lebensbahn beendet. Man wird sich überhaupt nicht entsinnen können, daß jemals sich die durch Bligschläge hervorgerufenen Katastrophen so gehäuft haben wie gerade jetzt. Und leider scheint es die fürchterliche Unglücksstrafe gerade auf uns Menschen abgesehen zu haben; denn neben den allerdings auch sehr beträchtlichen Schäden an Material eregen besonders die außerordentlich häufigen Fälle, in denen Menschen getötet worden sind, unsere Aufmerksamkeit. Da sind im Rheinland, wie es heißt, in den letzten Wochen, allein ca. zwei Dutzend Menschen vom Blig getötet worden, Schlesien hat in der vergangenen Woche achtzehn Tote nachzuweisen, und kaum sind die bedauernswerten Soldaten vom 177. Regiment zur letzten Ruhestätte, so kommt schon wieder die Kunde von einem neu. m. schrecklichen Unglück. Man kann sich denken, wie die Katastrophe auf die Beteiligten gewirkt haben mag. Da wollen sich die Menschen von den Mägen des Verklages, der Großstadt einfließend, in der in voller Pracht dahinschreitender Natur erholen, und plötzlich schmettert der Blig gleich einem todbringenden Geschoße zwischen sie, und zeitweise sinken die Toten und Verletzten nieder. Von den letzteren wird mancher für sein Leben sich und gebrochen sein. — Bedenklich ist es, daß die Statistiken der Brandversicherungsanstalten ungewohnte Häufungen der durch Bligschlag verursachten Schäden feststellen müssen. Ob an der Häufigkeit der Bligschläge vielleicht die fortschreitende Abholzung der Wälder mit Schuld trägt oder welche Ursache sie sonst haben mag, das müßte Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung sein, die sich in Anbetracht dessen,

daß in Preußen allein die jährlichen Bligschädigungen auf ca. 8-9 Millionen M. belaufen, gewiß lohnen würde. Erwähnt zu werden verdient übrigens, daß Sachsen in bezug auf die Häufigkeit der Bligschläge an der Spitze der deutschen Staaten steht. Bei der Größe der Gefahr heißt es nun für jeden, sich selbst zu schützen. Vor allen Dingen weg von den Bäumen! Es heißt zwar im Sprichwort: „Von den Ästen flieh du weg, aber den Bäumen sollst du suchen.“ Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß sich der Blig auch vor den Bäumen durchaus nicht gertent. Wer auf der Gasse oder auf dem offenen Felde ist, werfe sich in einer Erdvertiefung, etwa einem Graben nieder, wenn das Gewitter losbricht. Es ist besser, den Anzug zu verberben, als die Funktion des Bligableiters auf sich zu nehmen. Dem Radfahrer ist zu empfehlen, sich schnellig von seiner Maschine zu trennen und sie irgendwo wegzustellen, und Vereine und für größere Gesellschaften, die vom Gewitter überfallen werden, ist die erste Bedingung, auszuschütten und sich möglichst weit auseinander zu ziehen. Mehr können wir nicht tun, absolut geschützt sind wir auch dann nicht, aber die Möglichkeit des Stoffnehmens vermindert sich wenigstens dadurch erheblich. Ueberdies sind große, massive, gut gebaute und gut ausgetrocknete Häuser stets ein wirksamer Schutz gegen den Blig gewesen.

Provinz und Umgegend.

Halle, 15. Juni. Zu schweren Ausschreitungen kam es heute vormittag auf einem Bau Weil Leipzig Straße, wo elf Italiener arbeiteten. Etwa 50 ausgelesene Bauarbeiter sammelten sich dort an, hielten die Straße besetzt und ließen die Leute nicht am Arbeiten kommen. Herr Baummeister F e i c h a r d t, der Bauaufsichtende der hinzugehört wurde, wurde mit Steinen beworfen und so schlimm verletzt, daß der Arzt gerufen werden mußte. Herr Reichardt von der Polizei der italienischen Arbeiter schwebten in Lebensgefahr. Als die Polizei erschien, verdufteten die „Helden“ nach der Stadt zu. — Gestern gegen 10 1/2 Uhr abends sprang eine bis jetzt nicht ermittelte, ungefähre 30 Jahre alte, männliche Person an der Gombelangelelle der Pelzlin in die Saale. Wie festgestellt wurde, soll er aus der Richtung von der Irenenanstalt Mitleben im Laufschritt gekommen sein. Es wird vermutet, daß es ein aus der Irenenanstalt Entwichener ist.

Zelenroda, 14. Juni. Der 83jährige Rentier Wilhelm P ä n t e r t ist beim Baden in einem Teiche ertrunken. Püntert hat an dem Kriege gegen Dänemark 1849 teilgenommen; auch in Zurentreffen war er eine bekannte Persönlichkeit.

Eisdorf bei Blieden, 14. Juni. Ein sehr seltenes ehrendes Geschehn, der Ehrenmeisterbrief, wurde anlässlich seines 50jährigen Militärjubiläums dem 83 Jahre alten, in noch vollster geistiger und körperlicher Frische und Mäßigkeit stehenden Schmiedemeister Heinrich H e y hier zuteil. Die feierliche Ueberreichung aus Ehrenrunde, durch welche der Jubilar aus höchsteinst wurde, erfolgte im Namen der Handwerkskammer durch das stellvertretende Mitglied der Handwerkskammer für den Bezirk Merseburg, Herrn Schuhmachergemeister Emil Reiter in Blieden. Möge dem alten ehrenwerten Meister, welcher noch immer in der Wertigkeit seines Sohnes mit tätig ist, noch ein langer froher Lebensabend beschieden sein!

Schwenditz, 15. Juni. Das „Wochenbl.“ schreibt: Der Bezirksausschuß zu Merseburg hat auf Antrag der Leipziger Außenbahn-Vereinsgesellschaft in der Erwägung, daß der Bau der K l e i n b a h n v o n B l i e n n a c h S c h w e n d i t z im allgemeinen Interesse möglichst gefördert werden muß und seine Fortsetzung nicht von der Erledigung des Bligwesens über die Höhe der Entschädigung abhängig gemacht werden darf, daß daher ein dringlicher Fall vorliegt, unterm 10. Juni angeordnet, daß die Entschädigung derjenigen Grundstücke, für welche durch den Beschluß des Bezirks-Ausschusses vom 9. Februar 1910 der Entschädigungsplan aufgestellt ist, noch vor Erledigung des Bligwesens über die Höhe der Entschädigung erfolgen soll, sobald die durch den noch zu erlassenden Beschluß über die Höhe der Entschädigung festgestellten Entschädigungssummen gezahlt oder hinterlegt werden. Gegen diesen Beschluß gegen welchen jedem Beteiligten binnen 3 Tagen die Beschwerde an den Minister der öffentlichen Arbeiten zuzuführen, haben die Gemeinde-Vertreter von Papitz und Mabelwitz sofort die Beschwerde beim Bezirks-Ausschuß eingereicht. Damit erledigt die Errichtung der Bahn abermals eine Verzögerung.

Totalausverkauf Brandt

altes Schützenhaus.

Noch großes Lager in

Schürzen, Corsetts, Strümpfen, Handschuhen, Kragen, Chemisets, Oberhemden, Knabenhosenträgern, Schärpen, Kopfkränzen, Hutfaçons, Blumen, Knaben- und Kinderhüten zc.

Ausstellung von Tapissierartikeln,

Spitzen, Einsätzen, Tülldecken, Gardinenspitzen zc. in der Veranda. (1890)

Bei Einkäufen von 4 Mark an 1 Tablett gratis.

Die Preise sind von heute ab nochmals ermäßigt. Schluss: Montag, den 20. ds. Mts.

Obstverpachtung.

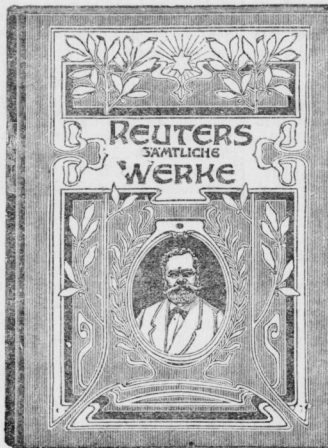
Der Obstanhang der zu den Rittergütern Skopau und Collenbey bei Merseburg gehörigen Plantagen, bestehend aus Äpfeln, Birnen und Pflaumen-Bäume ca. 7600 toll am

Sonabend, den 18. Juni ds. J., vormittags 1/2 11 Uhr im Gasthof „Zum Raben“ in Skopau entweder in 2 Losen oder im Ganzen öffentlich verkauft werden. Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben. (1888)

Die Gutsverwaltung.

Für Stadt und Kreis Merseburg nur in der Kreisblatt-Druckerei für Jedermann - käuflich.

Hierdurch machen wir die ergebene Mitteilung, daß die Neue illustrierte Pracht-Ausgabe von



Fritz Reuter's sämtl. Werken

2 Bände, elegant gebunden, Groß-Oktav-Format, ca. 1200 Seiten mit Illustrationen und mit ausführlichem hochdeutschen Wörterbuch, neu erschienen und, wie früher durch unsere Expedition zu dem außerordentlich billigen Preise von

3,50 Mark für beide Bände: 3,50 Mark

zu beziehen ist. — Unser beliebtester Volksdichter „Fritz Reuter“ sollte in keinem deutschen Hause fehlen! — Es gereicht uns zur besonderen Freude, unseren Lesern in obigem Angebot eine vollständige Ausgabe seiner Werke liefern zu können, die sich durch vornehme Ausstattung, vorzüglich gelungene Illustrationen, guten, klaren Text und gutes Papier auszeichnet und nur durch Herstellung von Waifen-Auslagen zu einem derartig billigen Preise von M. 3,50 zu liefern ist

Diese vollständige illustrierte Pracht-Ausgabe ist tatsächlich als erstklassige zu bezeichnen.

Es versäume niemand durch umgehende Bestellung sich ein Exemplar zu sichern, sei es für seinen Hausgebrauch, sei es für Geschenke jetzt oder später. Eine derartig vollständige Ausgabe von „Fritz Reuter“ ist stets für Jung und Alt ein höchstes Geschenk. Bei der enormen Nachfrage dürfte diese Ausgabe bald vergriffen sein. — Bestellungen nach auswärts gegen Einzahlung von M. 3,50 und 35 Pfg. Porto I. Zone, 60 Pfg. Porto II. Zone usw. oder gegen Nachnahme unter Zuschlag von weiteren 25 Pfg. Expedition des Merseburger Kreisblatts.

Tivoli-Theater

Freitag, 17. Juni, Anfang 8 1/2
Gastspiel Marta Schffel.
Jamenkrieg.
Luftspiel in 3 Akten von Scribe.

Casino.

Das Konzert fällt unglücklicher Witterung halber heute abend aus. Hertel.

Früh eingetroffen:
Blutfrische Vieh-Küden, -Kenten, u. -Blätter,
junge Woll-Küden u. -Kenten, Hähnchen, ig. Tauben, Kochhühner, lebende starke Male u. Schlei, Sommer - Woll - Kartoffeln, neue saure Gurken, neue Woll - Heringe, empfiehlt (1892)

Emil Wolff, Rossmarkt.

Germanische Fischhandlung.

Empfehle frisch auf Eis:
Schellfische, Schollen, Cabeljau, Büdinge, Flundern, Kal, Lachsheringe, geräucherter Schellfisch, Bratheringe, Sardinen, Marinaden, Fischkonserven, Citronen.

W. Krähmer.

H. Schnee Nachf.

Halle a. S., Gr. Steinstr. 84.
Erstklassiges Spezialgeschäft für Strumpfwaren und Trikotagen.

Wohnräume

größeren Umfangs, möglichst parterre, die sich zu Restaurationszwecken eignen, 1. Oktober cc. zu mieten gesucht. Unteraltenburg benachb. Off. u. U. D. 2034 an Rudolf Woffe, Halle a. S. erbeten. (1885)

Eine ganze Armee

Kinder ist gross gezogen mit

Carl Kochs Nährzwieback,

denn derselbe ist sehr wohl-schmeckend, besitzt höchsten Nährwert, befördert die Körperzunahme, stärkt den Knochenbau, verhindert die Kinderkrankheiten als Rachitis, Skrophulose etc., da er die Bestandteile einer guten Kuhmilch mit den der Muttermilch eigenen Nährsalzen und Phosphaten vereint. Zu haben in Düten und Paketen à 10, 20, 30 u. 60 Pfg. bei:
A. B. Sauerbrey, Nachf. Gustav Köppe, Oberburgstr., Walther Bergmann, Gott-hardtstr. 10;
Carl Schmidt, Unteraltenburg; Wilhelm Kötteritzsch, Gott-hardtstrasse;
Adolf Böhme, kl. Ritterstr.; Frankleben; Rich. Handke; Gross-Kayna: Otto May; Neumark bei Merseburg;
Hugo Erfurt;
Stedten: L. Schmidt;
Mücheln: W. Ködel, Bäcker-meister;
Gatterstedt bei Querfurt: G. Noth;
Stenden: Bernh. Hempel;
Laucha: Paul Fügner;
Radewell: Albert Traeger;
Bendorf: Reinh. Dietrich, W. Nagel;
Gräbers: Gerhard Schwarze;
Lauchstedt: Langenberg;
Schafstädt: Stammer;
Niedereichstedt b. Schafstädt: Emma Dobritsch;
Bornstedt b. Querfurt: O. Beinroth;
Milzau: Conrad, Bäckermstr.

Evangelischer Bund.

Versammlung

am Montag, den 20. Juni, im „Tivoli“ 8 1/2 Uhr.

Vortrag über

die Borromäus-Encyklika und die Antwort des Papstes. Referent: Oberlehrer Seele.

Alle evangelischen Männer und Frauen sind dazu dringend eingeladen. (1893)



Urteil!

Bei der Konkurrenzprüfung deutscher Einmachgläser wurden Diez-Konservengläser als die besten bewertet, und bitten wir die verehrten Hausfrauen, nur Diez-Gläser zur Herstellung aller Haushalt-Konserven zu verwenden. Man wolle minderwertige Nachahmungen und veraltete Systeme zurück. Zu Originalpreisen zu haben bei

Otto Bretschneider,

Eisenwaren-, Haus- und Küchengeräte-Handlung, Kl. Ritterstr. 5. Fernruf 388. (1830)

STOLLWERCK

Aus der reichhaltigen Auswahl der Stollwerck-Fabrikate besonders empfehlenswert:

Tafel-Schokolade } Prinzess . . . A 240
Adler . . . „ 2-
Rhenania . . . „ 160
Puder-Kakao } Adler . . . A 240
in 1/2, 1/4, u. 1/8 kg-Dosen

Ess-Schokoladen für jedermann zu jederzeit. (Jagd, Manöver, Reise, Sport etc.)
Extra Zart } In Tafeln zu 25 u. 50 A
Milch-Schokolade } Paket mit 36 Tafelchen
Mokka-Schokolade } A 1.-
Herren-Schokolade } In Tafeln zu 75 A
(halbsüß) } Paket mit 36 Tafelchen
Dessert } A 1.50
Schokolade-Bonbons } In Schachteln zu 50 A
A 1.- u. A 3.-



Fernruf No.

245

Rheumatismus, Gicht, Ischias, Nervenleiden, Bleichsucht. — Gute Heilerfolge durch Massage, Bestrahlungen. Modern einger., mäss. Preise, staatl. geprüfte Bedienung.

Echte Schmiedeburger Moorbäder.

Russ. fr. röm. Bäder.

Johannisbad, Bassenge, Johannisstr. 10.

Für die Redaktion verantwortlich: Rudolf Heine. — Druck und Verlag von Rudolf Heine, Merseburg.